



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

352 (2.8.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-351502](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-351502)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreis: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM 2.—, in weiteren Bezugsstellen abgeholt RM 2.50, durch die Post ohne Zustellgebühr RM 3.—, Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Adressen: Redaktion: Waldhofstraße 5, Schöngartenstraße 10/20, Marktstraße 18, No. Friedrichstraße 4, Po. Hauptstraße 48, W. Oppenstraße 8. — Verteilungswerte wöchentlich 13 mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 24931. Postfach-Nummer 17500 Karlsruhe. — Telegramm-Adresse: Remagell Mannheim

Anzeigenspreise: Im Anzeigenblatt RM 1.—, 40 die 10 mm breite Kolonnenzeile im Anzeigenblatt RM 2.— die 70 mm breite Zeile. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telephonische Aufträge siehe Sonderheft. — Geschäftshaus Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. * Aus der Welt der Technik * Kraftfahrzeug und Verkehr * Die fruchtbare Scholle * Steuer, Gesetz und Recht * Neues vom Film Mannheimer Frauenzeitung * Für unsere Jugend * Mannheimer Reisezeitung * Mannheimer Vereinszeitung * Aus Zeit und Leben * Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Samstag, 2. August 1930

141. Jahrgang — Nr. 352

Das Ringen nach bürgerlicher Sammlung

Gemeinsamer Wahlauftritt von Volkspartei, Wirtschaftspartei, Konservativen und Landvolk?

Die Schuld der Staatspartei

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. August.

Nachdem der Plan eines gemeinsamen Wahlauftrittes unter Anführung einer Fraktionsgemeinschaft von Koch bis Wehner sich zerlegt hatte, traten am Freitag die Vertreter der übrigen Parteien, also der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, der Konservativen und des Landvolkes zu einer neuen Besprechung zusammen. Man kam zunächst zu der einmütigen Auffassung, daß der Versuch einer Sammlung des handwerklichen Bürgertums auf breiter Grundlage an dem Widerspruch der Staatspartei gescheitert ist. Es wurde dann die Möglichkeit eines Zusammengehens nach Ausscheiden der Staatspartei erwogen. Dabei soll sich in den wesentlichen Punkten Übereinstimmung ergeben haben.

Es ist damit zu rechnen, daß ein gemeinsamer Wahlauftritt der genannten Parteien außerordentlich die Aushärtung des Tages in einem engeren Ausschuss übertragen werden. Man nimmt an, daß der Aufruf Anfang der kommenden Woche veröffentlicht werden kann. Jedenfalls werden die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt. Der Gedanke einer Fraktionsgemeinschaft scheint vorläufig zurückgestellt sein. Man will offenbar die Bewältigung dieser Arbeit von der späteren Entwicklung abhängig machen.

Der Reichskanzler im Wahlkampf

Telegraphische Meldung
Berlin, 2. Aug.

Reichskanzler Dr. Brüning wird — laut Berliner Zeitung — seinen Wahlkampf in Utrecht eröffnen, wo er vor den Zentrumswählern sprechen wird. Brüning hat sein Mandat im letzten Reichstag am 7. Wahlkreis (Wreslau) erhalten und wird voraussichtlich dort wieder als Spitzenkandidat und Vorkämpfer des Zentrums nominiert werden. In der kommenden Woche wird der Reichskanzler in Dagen und darauf in Köln sprechen.

Jungdo und Staatspartei

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Aug.

Im „Jungdoischen“ erläutert Arthur Wagner die Motive, aus denen heraus er an die Mitgründung der Staatspartei gegangen sei. Es hätte für die von ihm geführte Bewegung nur drei Möglichkeiten gegeben: Entweder die der Unfertigkeit der Organisation in den Wahlkampf nicht einzutreten, oder dessen ungeschickten allein in den Wahlkampf zu gehen oder schließlich sich mit anderen Gruppen zusammenzuschließen. Bei der Entscheidung für diesen dritten Weg hat sich Wagner, wie er dies darlegt, vornehmlich von Erwägungen der Zweckmäßigkeit leiten lassen und zwar nachdem er die breiter angelegte Sammlungsdanke von Dr. Scholz als aussichtslos erkannt hätte. Den Ausschlag hätte schließlich bei ihm die Überzeugung gegeben, daß in der Staatspartei am besten der „politische Einbruch der jungen Generation in das Parlament“ gewährleistet ist.

Die volksparteiliche Jugend

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Aug.

Die Stellung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler zur Gründung der Deutschen Staatspartei ist bislang widersprechenden Meinungen unterworfen gewesen. In einer Sitzung an den Berliner Vorkämpfern* gibt der Vorsitzende dieser Gruppe, Frank Glöckel, Aufklärung über die von ihm und seinen politischen Freunden verfolgten Ziele und Absichten. Danach hat sich die Reichsgemeinschaft von Anfang an für den Fall des Scheiterns der großen Schicksalsaktion für eine engere Zusammenfassung eingesetzt, der außer der Volkspartei die Demokraten, die Wirtschaftspartei und die Volksnationalen angehören müßten. Die Art der Errichtung der Staatspartei habe aber den Eindruck erweckt, als solle diese gemeinsame Aktion der Demokraten und der Volksnationalen Reichsvereinigungen die Volkspartei als solche ausschließen. Beide Ziele hätten nun einen größeren Staatssinn, indem sie sich zum gemeinsamen Ziel der Volkspartei und Wirtschaftspartei bereite erklärten, die Volkspartei, indem sie ihr Sammelziel in der heute möglichen Form beabsichtigte.

Der Anti-Kriegstag in Berlin

Sozialdemokratische und kommunistische Straßendemonstrationen

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. August.

Die Reichshauptstadt fand am Freitag abend im Zeichen der Antikriegsdemonstrationen, die von Sozialdemokraten und Kommunisten inszeniert wurden. Die Polizei hatte dafür gesorgt, daß die beiden Konträrparteien sich an möglichst weit voneinander getrennten Plätzen versammelten: Während die sozialdemokratischen Scharen dem traditionellen Versammlungsort, dem Volksgarten zukehrten, formierten sich die kommunistischen Streitkräfte zum Marsch nach dem westlichen Winterfeldplatz. Bereits nach Schluß der Betriebe sah man die Gruppen der einzelnen Bezirke sich zu den Sammelstellen hin bewegen.

Kennzeichnend war es immer zu unterscheiden, ob man es mit Sozialdemokraten oder Kommunisten zu tun hatte, da man auf beiden Seiten unter dem gleichen Symbol, nämlich der roten Fahne, marschierte.

Natürlich fehlte es nicht an den üblichen aufreizenden Plakaten, die keinen Zweifel darüber ließen, daß es sich im Grunde nicht so sehr um eine Antikriegs-, als vielmehr um eine Wahlagitator handelte. Die Polizei war schon vom frühen Nach-

mittag 3 in die höchste Stufe der Alarmbereitschaft versetzt worden. Samstagsmorgens zu Fuß, zu Pferde und namentlich auf Lastautos waren dauernd unterwegs, um bei irgend welchen Zusammenstößen sofort eingreifen zu können. Außerdem hatte der Polizeipräsident an zahlreichen Stellen der Stadt Hundeschäfer stationiert.

Dank den umfangreichen Vorkehrungen der Polizei sind die Demonstrationen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, abgesehen von verschiedenen kleineren Zusammenstößen, bei denen die Polizei mit dem Gummistock eingreifen mußte, ruhig verlaufen. Im Volksgarten sind zwei Schüsse gefallen, ohne daß der Urheber festgestellt werden konnte. Im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Kundgebung stand eine Rede des Abg. Gröppel, in der er die politische Bestimmung der Sozialdemokratie hervorhob und dem kapitalistischen „Bürgertum“ den Kampf anbot. Außerdem sprachen Vertreter der englischen Arbeiterpartei und der polnischen Sozialisten.

Bei der kommunistischen Kundgebung führte der Rot-Front-General Lewin das große Wort. Hier waren vor allem die Jugendlichen bis zu den Schulknirschen heraus aufgetreten. Insgesamt wurden 60 Verlesungen zwangsgeleitet.

übrigens bezeichnend, daß an anderer Stelle des gleichen demokratischen Plakats ähnlich wie am Mittwoch auf dem Parteiausschuss über das Hervortreten der alten Taktik bei diesen Sammlungsversuchen geklagt wird.

Dr. Moldenhauer kandidiert nicht wieder

Dr. Moldenhauer hat, wie die „Reinhold-Zeitung“ berichtet, an den Wahlkreisvorsitz 107. Nachdem die Bitte gerichtet von seiner Wiederaufnahme für die Reichstagswahlen abgelehnt. Der Wahlkreisvorsitz wird sich morgen in einer nach Köln einberufenen Sitzung mit dieser Frage befassen.

Stresemanns Sammlungspläne

Eine Neuauflage seines Sohnes

In der „Köln. Sta.“ äußert sich Wolfgang Stresemann, der Sohn Dr. Theodor Stresemanns in einem Artikel unter der Überschrift „Volkspartei und Staatspartei“ über den unmissverständlichen Standpunkt, den sein Vater, wenn er noch lebte dem Gedanken einer neuen großen Mittelpartei gegenüber einnehmen würde.

Meinen Vater hat, so schreibt Dr. Wolfgang Stresemann u. a. die Schaffung einer deutschen Reichspartei seit langen Jahren bewegt. Er hat die Verhältnisse, in die das deutsche liberale Bürgertum immer mehr geriet, schon frühzeitig bemerkt. Aber Weisheit der Taktik ließen es ihn geraten erscheinen, mit der Egreierung einer Initiative bis nach der Annahme des neuen Planes zu warten. Koch, Wagner, Stresemann, drei von Intellektuellen unabhängige Männer, sollten die Gründer sein einer Partei, die an das „Staatsvolk“ appellierten.

Mein Vater äußerte lebhaften Zweifel, ob es ihm gelingen würde, die ganze deutsche Volkspartei für die neue Partei zu gewinnen, aber es handelte sich um einen Zweifel, der die maßgebenden Kräfte der Deutschen Volkspartei mit Koch, Scholz und Curtius bei der neuen Partei zusammenführen würden. Mit Recht ist betont worden, daß die Staatspartei, ja, wie sie heute ist, nicht dem Plan meines Vaters entspricht. Mit Recht ist aber auch geltend gemacht, daß ihr Programm das meines Vaters ist. Nicht nur deswegen, sondern um der Idee willen, sollten sich die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei nähern und sich zu gemeinsamem Kampf im Rahmen einer Organisation zusammenfügen.

Mit dem Namen Stresemann belastet

Deutsches, 1. August.

Als erste für Sohlen wurde hier vor einigen Tagen eine Ortsgruppe der konservativen Volkspartei gegründet, die gestern abend eine von ungefähr 100 Personen besetzte Versammlung abhielt. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Mademacher (Dorn) sprach über die Beziehungen der Bewegung.

Auch die konservative Volkspartei richtet an alle, die Willens wären, sie ihr zu helfen, den Ruf zur Sammlung. Neben dem Zusammengehen mit dem Landvolk hatte er ein Zusammengehen mit dem Christlichen Volksdienst für möglich. Außerdem seien in diesen Tagen Verhandlungen mit dem Weltgruppen abgeschlossen worden. Wenn die Wirtschaftspartei ihre anschließende Bindung an verlässliche Forderungen lockere, könnten sich auch mit ihr Vereinbarungen treffen lassen.

Nicht in Frage kommt eine organisatorische Fusion mit der Volkspartei, denn sie sei, „mit dem Namen Stresemann belastet“, und die Erinnerung an ihn und den neuen Plan lasse sich nicht mehr annehmen.

Die Sammlungsbestrebungen von Dr. Scholz seien nur durch persönliche Interessen veranlaßt worden. Nach die mit „bürgerlicher“ angelegene Deutsche Volkspartei müsse nun vornehmlich als Zielsetzung werden. Die konservative Volkspartei trete ein für den Kampf gegen die Sozialdemokratie, einen teilweisen Abbau des Verlegungsstandes, für die wirtschaftliche Förderung und das berechtigte Eigenleben der Länder.

„Poincaré gesteht nie“

Von Ernst Jüdel-Paris*)

Noch immer warten wir auf die Antwort, die Poincaré Clemenceau schuldig. Wann endlich wird er seinen Versuch einer rheinländischen Republik rechtfertigen, der ohne Wissen der Rheinländer angekündigt wurde? Diese Idee war in jeder Hinsicht bedauerlich, denn sie ließ unsere Politik doppeldeutig erscheinen und machte gleichzeitig lächerlich, da sie als Phantasiegebilde untergeordneten Schicksals leiden mußte. In diesem Streite hält der Tote den Lebenden fest. Er nötigt Poincaré, klar auf den Grund der Frage einzugehen, anstatt sich hinter leeren Nebensätzen und ausweichenden Erklärungen zu verstecken.

Seine weitläufige und spiegelnde Dialektik haßt sich gern an eine nebulöse, oft unheimliche und abstrakt klingende Einzelheit fest, an irgend ein aufreizendes Deckblatt, das ihn der Nähe enthebt, auf den Kern der Sache einzugehen. Clemenceau hat behauptet, daß die rüchliche Wirren des rüchlichen Dornen unter dem Vorwand, Deutschland zu verhäufeln, gegen die Verträge verstoßen und fernerlich übernommene Verpflichtungen durchbrochen, daß dabei ein heuchlerischer Versuch einer Einverleibung Deutschlands hervortrat, der von unseren Alliierten verboten und aberdies undurchführbar war. Was bringt Poincaré bisher dagegen vor? „Ich habe nie Einverleibungen gewollt“, wiederholt er.

Dem Kernpunkt der Frage auszuweichen, indem er auf die Unwissenheit oder Voreingenommenheit der Führer rechnet, paßt vielleicht in das System eines Advokaten, der die wesentlichen Punkte einfach unterschlägt; der Staatsmann Poincaré hat jedenfalls vor Clemenceau die Pflicht erfüllt. Darum hat er wieder zweihundert Seiten voll geschrieben, um sich den Kritikern zu geben, einem beherrschenden Gegenredner, dem jungen André Herin, zu antworten, der an ihn vierzehn Fragen über seine Rolle im Weltkrieg gerichtet hat. Der Berliner Frage, der diesen Austausch von Äußerungen in Interviewform herausgibt, verleiht Poincaré eine willkommene Gelegenheit, um sich in das Campfire seiner bedeutenden Erinnerungen und seiner unbetonten Dokumentierung zu flüchten. Der unerwartete Wortflauer kann da noch Herzenslust seine alten Verantwortlichkeiten umspinnen und „Rückfälligkeit“ gegen die augenwärtigen Tatsachen beantragen. Es bietet einen prächtigen Vorwand, vom Rheinland lieber nicht zu sprechen, indem man sich auf das heilige Thema der Kriegsverträge stützt.

Wir werfen ihm durchaus nicht vor, den Krieg absichtlich herbeigeführt zu haben. Seine bekannte Jagdbegierigkeit bleibt dabei seine beste Entschuldigung. Aber in dem Gewirr kleiner Redelüste, kleinlicher Streitfragen, böser Absichten, mit krankhaften Begierden unterlegter Künste, die das Europa von 1914 entzweiten, hätte ein energischer Entschluß, den Frieden nur in der äußersten Notwendigkeit für einen Beweggrund zu spätern, der des Einiges wert war, um seinen Preis etwas zu überbieten, die Katastrophe in den verhängnisvollen Jullagen abzuwenden. Poincaré hat aber weder diese Kühnheit, noch diesen Mut gezeigt. In dem Maße, in dem er zum hundertsten Male die mittelmaßigen Gemelstände zusammenstellt, um sich zu entlasten, tritt die Armlosigkeit der Gründe, die zum Opfer von zwanjig Millionen Menschenleben führten, härter als jeutage.

Poincaré gesteht nie. Sein Einfluß befandete sich unter dem Deckmantel besonderer Vorrechte und seiner Straflosigkeit, die ihm seine verfassungsmäßige Anonymität lieherte. Er mag das auch, um die Eingriffe, die ihm zustehen, auf andere untergeordnete Verantwortlichkeiten abzumähen. Zudem er den Sinn der Vorgänge, die er mit anderen, als seinem eigenen

*) Dieser Artikel ist dem Blatt „Voland“ entnommen. Der Autor Ernst Jüdel veröffentlicht vor drei Jahren die Tagebucher des verstorbenen Reichskanzlers in Berlin. Der Reichstagsabgeordnete Mademacher (Dorn), die bei der Gründung der Reichspartei in Frankreich mit dem Namen übernommen werden. Dabei findet unerwartlich gegen Poincarés Selbstverleumdungen. Seine letzten Bemerkungen auf dem neuen Wähler Poincarés betreffen, daß die Erklärung über die Kriegsverbrechen in Frankreich nach lange nicht abgeschlossen ist. (Schlußleitung.)

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Mannheim

2 Millionen Mark sollen aufgewendet werden

Die alle deutschen Städteverwaltungen, so auch die Mannheimer, sind gegenwärtig in die Zukunft die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere der Wohlfahrtsarbeitslosen, in immer noch im Steigen begriffen. Die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen im Mannheimer Stadtbezirk betrug Ende Juli 1929: 10.181 gegen Ende Juli 1928: 8.421. Die Zahl der unter 14-jährigen Parteien beim Arbeitsamt ist von Ende Juli 1929 auf 9.425 Ende Juli 1928 gestiegen, die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen in gleichem Zeitraum von 1.801 auf 3.770. Die Zahl der Beschäftigten, n. B. der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder, ging von durchschnittlich 96.000 in der Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 auf durchschnittlich 93.000 in der Zeit vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 zurück, bis Juli 1930 sogar auf 85.000.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich gab diese den Ernst der Lage der Mannheimer Wirtschaft treffend beschreibenden Zahlen in einer Pressebesprechung bekannt, die gestern nachmittag im Turmsaal des Rathauses stattfand. Ueber die

traurige Lage auf dem Baumarkt

hat erst dieser Tage Oberbaudirektor Ziller vor einer Besichtigung städtischer Bauten und Anlagen ausführliche Mitteilungen gemacht. Auch Dr. Heimerich kam darauf zu sprechen, indem er darauf aufmerksam machte, daß nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Bauten nur ganz wenig Projekte übrig blieben, die für den Arbeitsmarkt von Bedeutung sind. So wird in den nächsten Wochen der Neubau der Dreifrauenturmkasse in Wang kommen. Im September ist der Beginn des Neubaus der Lohmüllerei an der Waldhofstraße zu erwarten. Es ist auch zu hoffen, daß die Pläne für das neue Arbeitsamt mit der Reichsanstalt in Berlin endlich genehmigt werden, damit mit diesem Bau ebenfalls begonnen werden kann. Noch im Vorjahre konnten in Mannheim 1.849 Wohnungen fertiggestellt werden. Im ersten Halbjahr 1930 waren es nur 500 neue Wohnungen. Das zweite Halbjahr wird zwar etwas besser werden, aber die Zahl des Jahres 1929 wird trotzdem nicht annähernd erreicht.

Wenn die Lage sich im Herbst und Winter nicht noch weiter zuspitzen soll, müssen, so äußert Dr. Heimerich weiter aus, eventuelle Maßnahmen getroffen werden, um den Wirkungen der schledigen Konjunktur entgegenzuwirken. Die Stadtverwaltung hat deshalb ein

umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm

vorbereitet, das nach Durchberatung im technischen Ausschuss am Donnerstag im Stadtrat zur Annahme gebracht wurde. Der Bürgerentscheid wird noch im September über die Beschluß fassen. In diesem Programm wurden nur Arbeiten aufgenommen, die nicht schon im Etat vorgesehen waren. Nachdem schon in den letzten Jahren zahlreiche Kantalarbeiten durchgeführt werden sind, war es nicht mehr ganz leicht, Arbeiten zu finden, die für die Stadtentwicklung im ganzen zweckmäßig sind und bei denen, was ja die Hauptfrage ist, der Volkswirtschaft größter Nutzen zufließen kann. Immerhin war die Stadtverwaltung in der Lage, ein Programm vorzulegen, das Arbeiten im Gesamtwert von 2 Millionen enthält. Mit allen diesen Arbeiten soll während am 1. Oktober begonnen werden.

Dieses städtische Arbeitsbeschaffungsprogramm soll dadurch ergänzt werden, daß auch die Gesellschaften, an denen die Stadt maßgebend beteiligt ist, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung treffen. So ist bereits im Ausschuss der Wasserwerksgesellschaft Mannheim beschlossen worden, einen ursprünglich für später vorgesehenen größeren Industrieausflug (den jetzt an eine Mannheimer Firma zu erstellen und im Kaiserhof Wald einzurichten) in den nächsten Jahren nebenbei Wasserbehälter mit einem Rohraufwand von 280.000 M zu erbauen. Ähnliche

Maßnahmen werden auch in den anderen Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, erwogen. Insbesondere wird beabsichtigt, die

C.E.M. Strecken Gumboldt-Weinheim und Mannheim-Waldhof-Grödenheim mit möglicher Beschleunigung an elektrifizieren.

Der Termin des Beginns dieser Arbeiten, die einen Rohraufwand von 25 Millionen erfordern werden, hängt allerdings von der Beschaffung der erforderlichen Anleihenmittel ab. Die Beratungsgesellschaft für Auslandsanleihen hat in der vorigen Woche die Genehmigung dazu erteilt, daß die Stadt für eine solche Anleihe Bürgschaft übernimmt.

Um auch für die kommenden Jahre vorzusehen und wenigstens die Möglichkeit zu haben, ein größeres Bauprojekt durchzuführen, falls es gelingt, die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen, hat der Stadtrat am Donnerstag beschlossen, vom Oberbürgermeister ein baureifes Projekt für die von allen Parteien geforderte Gewerbeschule ausarbeiten zu lassen.

Es ist erichtlich, daß auch das Reich den Entschluß gefaßt hat, einige Maßnahmen zur Aufbesserung der Wirtschaft zu treffen. Von den 100 Millionen, die das Reich für das städtische Wohnungsbauprogramm bereitgestellt hat, wird annähernd 1 Million auf Mannheim entfallen. Es wird mit diesen Mitteln und mit Hilfe eines größeren Darlehens, das wir selbst noch aufnehmen konnten, möglich sein, den Wohnungsbau in Mannheim wieder einen Anstoß zu geben. Insbesondere

wird die Gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft in der Lage sein, nach Vollendung des Wöhlhof ein neues großes Bauprojekt in Angriff zu nehmen.

Erfreulich wäre es, wenn es gelang, beim Reich endlich die Schwierigkeiten zu beseitigen, die dem Bau von Kantalarbeiten noch entgegenstehen (Möglichkeit der Wohnraumvermehrung, jedoch mit dem

Bau der Strecke Mannheim-Grödenheim

begonnen werden könnte, wodurch allein 600 Arbeitslose 1½ Jahre lang Beschäftigung finden würden. Wesentlich kommt auch von den Aufträgen der Reichsbahn und der Reichspost einiges in das Mannheimer Wirtschaftsbild. Konjunkturbedingend in unserem Gebiet würde vor allem auch die schon lange geforderte Elektrifizierung der Rheinalbahn wirken. Es ist natürlich nicht einzuweichen, warum das hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und günstiger dastehende Land Württemberg den Vorrang haben soll vor dem unter der Arbeitslosigkeit besonders leidenden Land Baden.

Es muß aber auch gefordert werden, daß das Land Baden in der gegenwärtigen Notzeit etwas besonders zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vor allem in dem schwer betroffenen Mannheimer Wirtschaftsbild. Das Land Baden ist hier mit einem guten Beispiel voranzugehen, indem es in außerordentlich weitestgehendem Maße Mittel zur Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtsarbeitslose bereitstellt. Vor allem muß von den Badern Baden und Bayern gefordert werden, daß endlich mit dem

Bau der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen

I. Fortsetzung von Anlagen und Plänen

	Unvollendete Anlagen	Neue Anlagen
1. Fortsetzung des Herzogenriedparks	150.000	5.000
2. Herrichtung des Geländes vor den Ausstellungshallen	100.000	6.000
3. Ausgestaltung des Geländes vor und hinter der Wöhlhofanlage	85.000	1.700
4. Einbauarbeiten am Flugplatz	85.000	2.000

II. Aufstellung von Stroehindämmen

5. Aufstellung der Wöhlhof- und Herrichtung des Platzes beim Wöhlhof	192.000	5.000
6. Aufstellung der Straße „Am Turmberg“	70.000	2.000

III. Zielbauten

7. IV. und V. Bauabschnitt der Kanalstation in Sandhofen (Kredit bereits vom Bürgerentscheid genehmigt)	188.000	2.220
8. Erd- und Kanalarbeiten in der 27.-M. Sandwegmann, bei der Wöhlhof-Dürerschule, einschließlich Straße „Auf dem Sand“	60.000	2.500
a) Kanäle		
b) Aufstellung der Straße „Auf dem Sand“ halbe Breite	38.000	1.500
9. Erd- und Kanalarbeiten in der Sandwegmann (östliches Ende von Sandhofen)		
a) Kanäle	64.000	1.800
b) Straßenanfertigung	27.000	1.800
10. Herrichtung von Kanälen in der Sandwegmann	84.000	2.400
11. Herrichtung der Kanäle in der V. Sandwegmann beim Wöhlhof (Kredit bereits vom Bürgerentscheid genehmigt)	24.500	700

IV. Weitere Straßenbauten

12. Schaffung einer Ausfallstraße bei Käferthal in der Verlängerung der Wöhlhofstraße (Umgehungsstraße)	300.000	10.000
13. Erd- und Kanalarbeiten in der 1. Stadterweiterung:		
a) Speyerer Straße	188.000	5.600
b) Straßen im Umlegungsgebiet zwischen Germania, Fehel- und Neeräckerstraße	177.000	5.700
c) Kleinanfertigung im Käferthal	100.000	6.000
14. Fortführung der Neeräckerstraße	150.000	5.400
15. Verbindungsweg von Redaran zum Franzosenweg einschl. Fortführung am Rheinbamm	65.000	2.100
Zusammen	2.008.000	70.720

Zahl der für 26 Wochen zu beschäftigenden Personen: etwa 550.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich und Oberbaudirektor Ziller erklärten die einzelnen Projekte anhand von im Sitzungssaal aufgehängten Plänen. Bei der Fortführung des Herzogenriedparks handelt es sich um den dritten Bauabschnitt. Der Stadtrat legt Wert darauf, daß die Arbeiten zur Herstellung der Parlanlage in der vorläufig vorgesehenen Ausdehnung möglichst beschleunigt werden. Bei der Herrichtung des Geländes vor den Ausstellungshallen handelt es sich um den Beginn der Arbeiten für die Anlage eines Stadtparkes. Es entspricht der Bedeutung der Kronprinzenstraße, daß die Umgestaltung der Wöhlhofanlage ein besseres Aussehen erhält. Vor allem ist es zu begrüßen, daß das neue Gelände-Treppchen an der linken Schmalseite in eine gärtnerische Anlage mit Sitzgelegenheit umgewandelt wird. Bei der Fortführung des Planes der

Aufstellung der Wöhlhofstraße

die von der Fehelstraße aus an der Garage von Born u. Co. vorbeiführt, wird die interessante Mittelallee verbunden, daß sich die Reichsbahn mit der Abfertigung der Stroehindämme, deren Eisenkonstruktion durch die Kanäle der Lokomotiven leicht gestillt hat, im nächsten Jahre reparieren und gleichzeitig den heutigen Verkehrsverhältnissen entsprechend verbreitern zu lassen.

Die Ausfallstraße in der Verlängerung der Wöhlhofstraße wird den Charakter Käferthal machen und sich später einmal nach Weinheim fortziehen. Die Speyerer Straße ist als Fortsetzung der Wöhlhofstraße gedacht. Vom Rheinbamm an ist der Straßenzug schon ein Stück ostwärts eingeschüttet. Vielleicht erleidet es die nächste Generation, daß sich als Fortsetzung nach Westen eine Straße über den Rhein (Schulweg) als wichtige Durchgangsstraße in die Speyererstraße schon längst in den Stadterweiterungsplan eingeschrieben. Durch die

Herrichtung des Verbindungsweges von Redaran zum Franzosenweg

wird einigermaßen den Wünschen Rechnung getragen, die auf die Schaffung einer Ausfallstraße zum Strandbad hinzielen. Dr. Heimerich sprach sich mit großer Aufmerksamkeit gegen die Erbauung einer betriebliehen Straße durch den Waldpark aus, der dem Erholungs liebenden Publikum in seinem letzten Charakter erhalten bleiben müsse. Die Mannheimer würden den Wert des Waldparks erst in vollem Maße zu würdigen wissen, wenn das Industriegebiet an Redaran zu erst mehr bebaut sei. Durch die Schaffung eines Parkplatzes am Rheinbamm wird der Wunsch der Automobilisten erfüllt, die mit ihren Wagen möglichst nahe an das Strandbad heranzukommen möchten. Unvollständig ist nach Dr. Heimerich Ansicht die Abfertigung der Reichspost, einen Autohof zu betreiben zum Strandbad einzurichten. Die ideale Lösung sei nach wie vor die Erbauung einer Straßenbahnlinie durch Fortführung der Waldparklinie. Aber das ist infolge der hohen Kosten vorläufig noch Zukunftsmusik. Sch.

Gastspiel des Gärtnerplatztheaters „Das Dreimäderlhaus“

Wenige Operetten wurden so häufig aufgeführt wie das auch Weltweit einträglichste Theaterstück, der den vielgeliebten Roman von Hans Fallada zu einem Theaterstück und späterhin in eine Operette umzuwandeln verstand, zum erstenmal in Mannheim. In dem Schuberth'schen Melodien herhalten mußten. In den vielen unverständlichen Folgen des Neubaus an Schuberth'schen Eingebungen ist die unedle Schuberth'sche Operette zu rechnen, die sich nicht an die vielen Melodien klammerte, die im „Dreimäderlhaus“ auf neue zu Wehr gebracht werden (um keinen nahe liegenden schärferen Ausdruck zu gebrauchen). Schuberth ist damit in einer Weise populär geworden, wie es Hans Fallada mit seiner liebevollen Darstellung seiner Umwelt nicht gemeint hat.

Man sieht sich aber veranlaßt, mit der Reue-Aufnahme des Singspiels ein Kompromiß zu schließen, man kommt in verhältnismäßig und aufnahmefähige Stimmung, wenn die Wesen des Singspiels in lustvoller und vornehmer Weise, wie in der vorläufigen Aufführung durch das Gärtnerplatztheater, an und vorüber ziehen. Sei es, daß Schuberth's Genus aus höheren Epochen herabsteigt, sei es, daß die Darsteller sich mit lokalen Gegebenheiten besser abfinden, man sollte beifriedigt sein, daß sehr bald ein erster Kontakt mit dem Publikum hergestellt war. Vor allem war die Aufführung, der sich ständige Darsteller beteiligten, deutlich und lebendig ausstrahlend „weanetisch“, sondern gab die gute Umgangssprache, der man sich in Schuberth's Umgebung bewußt, mit wohltuender Deutlichkeit wieder. Ein Sonderlob verdienen die mit rühmender Sorgfalt hergestellten Dekorationen. Der bedeutende Hinterhof mit dem Ausblick auf die Straße einer schönen Straße im ersten Akt, der lebendige überlebende Salon bei Tisch ebenfalls mit lebendigen Ausblick auf die nach den Belohnungskriegern wieder emporschießende Kaiserstadt, sie geben eine glaubhafte Vorstellung der Stadt, in der Schuberth's geschaffen und getrieben hat.

Besonders wohlwollend begrüßte die lustvolle und durchaus vornehme Verdopplung Schuberth's durch Josef Barzsch, der auch in der Rolle eine große Beharrlichkeit mit dem oft kontroversen Meister aufwies. Bei allem Wohlgefühl, das der unbedingte Dramen dem lebendigen Geschehen gegenüber hatte, blieb er doch, dank Barzsch's überlegener Gestaltung der seine Umgebung gelicht weitläufig übertragende Meister im Reiche der Töne. Den anfänglich freudigen, späterhin sehr gemühtlichen Dialogmeister Hölzl hatte Eugen Strauß mit sehr viel geistvoller Kraft aufgetragen (Hummor aus viel Symphonien, vor allem durch ihr Spiel erweckte auch Missa Seibold als Sängerin, ebenso ihre Gesangsleiter. Mit besonderer Anerkennung haben wir hervorzuheben: Missa Seibold als Schuberth, Gerschowitz, der auch die Rolle führte, als Joh. Mich. Vogl, Otto Demald als Schmidt, ferner Bertl Weingart als überauswunderbare Stadtschreiberin und die von unverfälschter Dürchheit erfüllte Hausmutter von Frau Seibold. Wir müssen, so sehr wir uns an der ausgezeichneten Gesamtwirkung des trefflich eingespielten Ensembles erfreuen, die verdienstvollen Träger der kleineren Rollen mit einem Gehaltlos bedenken. Am Dirigentenposten wirkte anständig und mit sparsamer Zeichnung der vielversprechende junge Edward Hartmann, der an dem sich zur Gänze aus Mitgliedern des Mannheimer Philharmonischen Orchesters bestehenden musikalischen Begleitkörper wertvolle Unterstützung fand.

Die durchaus gelungene Vorstellung verleiht das sehr zahlreiche Publikum in verhältnismäßig Stimmung, die auch an einigen Wiederholungen (im Sinne von da capo) hätte und hoffentlich an vielen Wiederholungen im Sinne von gut belagerten Darstellungen der ganzen Vorstellung führen wird.

Verhandlungen

Mister: Die beiden Gegner gingen schließlich mit Stühlen aufeinander los. Gaden Sie denn nicht verstanden, Frieden zu stiften?
Gegner: Nein — es war kein dritter Stuhl mehr da! (Puffing Show)

Marianne Weber 60 Jahre

Marianne Weber wurde am 2. August 1870 als Tochter des Arztes Schmittler in Oberlinghofen bei Wiesloch geboren. Nach dem frühen Verlust ihrer Mutter lebte sie bei ihrer Großmutter in Wemg, einer typischen Kleinstadt, ihre zweite Heimat. Nach zwei arbeitsreichen Jahren im Institut Heilmann



sein Verhältnis zur marxistischen Doktrin (2. Auflage 1929) herank. Der Verkehr in der Abteilung Weiberg des Vereins Frauenbildung und Frauenkulturbium, den man ihr im Jahre 1909 übertragen hatte, besonders aber die Mitarbeit an der Reichshauptstelle für Frauen führte M. W. allmählich in das Zentrum der Frauenbewegung und veranlaßte die Herausgabe eines sehr wertvollen Werkes „Gefahren und Pläne in der Reichsreform“ (1907), eine geistvolle Behandlung des Problems Frau und Mutter durch alle Zeiten u. alle Völker. Eine Reihe von Aufsätzen und Reden folgten und wurden 1919 gesammelt unter dem Titel „Frauenfragen und Frauengedanken“ als Buch herausgegeben (Erdingen, Kober). Im Jahre 1910 wurde M. W. als Nachfolgerin Gertrud Baumers zur Vorsitzenden des Bundes Deutscher Frauenvereine gewählt. Politisch stand M. W. in der Reihe der deutschen Demokratie und wurde im Jahre 1919 Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Dem Andenken ihres 1920 verstorbenen Vaters, der später als Nachfolger Lujo Brentanos in München gelebt hatte, galt ihr letztes Buch: „Max Weber, ein Lebensbild“ (1926). Seine gesammelten und nachgelassenen Werke wurden von ihr in den Jahren 1920 bis 1925 herausgegeben.

Rast im Dorfe

Josef Kamp

Von jeder Schritt im Dorf entzweit, Es träumen kann die alten Götter, Das junge Volk zum Tausch lieh, Die Alten blättern in der Bibel.

Ein Vogel ruft im fernen Do, Am Straßengraben sitzt eine Grille, Vom Rhythmus kauft ein Stundenkiss, In brunnentiefen Sonntagstille.

Am allen Markt die grünen Linden Sind voll von ihrem Bienenlang, Und mit den milden Sommerwinden Weht Blätterstaub das Dorf entlang.

